



Die Beamtenschaft am Scheidewege

Gewerkschaftsarbeit oder Eigenbrötelei

Ein Appell Otto Brauns

Am Montag Abend fand in den Räumen des Reichswirtschaftsrates eine große öffentliche Kundgebung des Allgemeinen Deutschen Beamtenbundes statt, in deren Mittelpunkt eine Rede des preussischen Ministerpräsidenten Otto Braun über

„Das Berufsbeamtentum im deutschen Volksstaat“

Hand. In seiner Begrüßungsansprache wies der Vorsitzende des ADB, Genosse Kalkenberg, kurz auf den Sinn und den Zweck der freigewerkschaftlichen Beamtenbewegung hin. Vor dem Krieg gab es für den Beamten keine Möglichkeit zu freigewerkschaftlicher Arbeit, heute muß sie das große Ziel der Beamtenschaft sein.

freigewerkschaftliche Betätigung und Berufsbeamtentum sind keine Widersprüche.

Die neue Zeit fordert eine neue Stellung des Beamten zum Staat und die praktische Konsequenz daraus führt den Beamten an die Seite der Arbeiter und Angestellten. Es genügt nicht, sich nur auf den „Boden der Republik“ zu stellen; der Beamte muß mehr für den Staat übrig haben; denn er leistet ja den Eid auf die Verfassung. Die Beamtenschaft ist wohl aufgewacht, aber noch marschiert sie nicht in Spaherkolonnen für die Republik. Der ADB will einen neuen Beamten, den republikanischen und freigewerkschaftlich geschulten und orientierten Beamten schaffen. Die Befoldungspolitik des Beamten kann nicht ohne Zusammenhang mit der Lohnpolitik der Arbeiter gemacht werden. Daher das Zusammenmarschieren von ADB, ADBG und Ma-Bund. Das Zusammenarbeiten basiert auf dem Boden der Solidarität und nicht des Diktats. Schon der Organisationsvertrag von 1923 bedeutete keine Klassenbindung, sondern gegenseitige Hilfe. Wenn der ADB im übrigen nie etwas anderes erreichen würde oder erreicht hätte als die

Schließung der Kluft zwischen Arbeitern und Beamten,

wie sie in der Vorkriegszeit bestand, dann hätte er seine Existenz schon zur Genüge gerechtfertigt. (Starker Beifall.)

Hierauf sprach der preussische Ministerpräsident Otto Braun über das Beamtenproblem: Die Beamtenfrage ist noch ein überaus schwieriges Thema; denn in ihr ist noch alles im Fluß. Die Revolution brachte eine starke Aufrüttelung der Beamtenschaft, die allmählich zur großen, modernen Beamtenschaft führte. Die Stellung des Beamten von heute ist grundverschieden von der Stellung des Beamten im alten Regime. Früher war der Beamte Organ des Königs und alles Sprechen über die Beamtenfrage wurde oben übel vermerkt. Heute steht der Beamte im Treueverhältnis zum Staat und im Dienstverhältnis zum gesamten Volk. Ueber den Umschwung in der Stellung der Beamtenschaft sind sich noch viele Beamte nicht im Klaren. Viele werden diesen Umchwung nie begreifen wollen; sie stehen nur auf dem Boden der Republik und gehen mit nach rückwärts gewandten Gesicht durch die Welt. In ihrem Herzen lebt der Monarchismus. Die praktische Arbeit dieser Beamtenschaft führt zu den merkwürdigen Erscheinungen und

häßlichen Auswüchsen

in der Justiz und in der Verwaltung. Die Folge dieser Auswüchse ist eine wachsende Abneigung der Arbeiterschaft gegen das Berufsbeamtentum. Der Arbeiter argumentiert: Wenn ich meinem Arbeitgeber gegenüber so handeln würde wie gewisse Beamten dem Staat gegenüber, die Stellung des Beamten sei eine andere, als die des Angestellten und Arbeiters, dann lautet die Antwort: Aenderung des Berufsbeamtentums. Wenn die Dinge so weiter treiben wie bisher, dann fürchte ich, daß eines Tages einmal ein Antrag auf Volksentscheid zur Beseitigung des Berufsbeamtentums recht starken Anklang im Volke finden könnte. Dazu kommt, daß auch in den Wirtschaftskreisen, besonders jetzt zurzeit der Krise, eine starke Animosität gegen die Beamtenschaft sich breit macht. Geht es der Wirtschaft schlecht, dann schreit alles nach Staatshilfe. Je mehr der Staat eingreifen muß, desto mehr Organe braucht er.

Die ärgsten Schreier nach Staatshilfe sind aber zugleich die stärksten Befürworter des Beamtensabbaus.

Kommenden Gefahren muß vorgebeugt werden. Die Stellung des Beamten zum neuen Staat muß vor aller Öffentlichkeit geklärt und gefestigt werden. Zwischen Beamtenschaft und Staat besteht ein gegenseitiges Treueverhältnis und aus diesem Verhältnis müssen auch Konsequenzen gezogen werden. Konsequenzen auch für die Beamtenschaft natürlich. Wenn der Staat z. B. Not leidet, dann muß auch der Beamte mit leiden und mittragen. Die Beamtenschaft muß das verstehen, daß es so manchem republikanischen Ministerpräsidenten und Finanzminister oft recht schwer wird, manche Beamtenforderung abzulehnen. Die Vorwürfe, die mir darob aus der Beamtenschaft gemacht worden sind, sind für mich doppelt bitter. Gerade ich kenne die Not der unteren Beamten. Ich stamme aus einer kleinen Eisenbahnerfamilie und weiß nur zu gut, wie oft gegen Ende des Monats beim kleinen Beamten der Hunger zu Gast ist. Aber schließlich: Ich muß diese Vorwürfe ertragen, muß ich ja noch schlimmeres mir sagen lassen, muß ich mich Hohenzollern-Lakei schimpfen lassen, wo meine erste politische Strafe zwei Monate Gefängnis wegen Majestätsbeleidigung waren!

Beamte, Arbeiter und Angestellte gehören in eine Front zusammen, damit die Republik mit sozialen Inhalt erfüllt wird.

Der Beamte, der berufsmäßige Vertreter der Interessen des Staates und der Volksgemeinschaft muß, frei von allem Ständedünkel mit dem Volk, vor allem mit dessen breiten Massen, zusammengehen. Nur so wird sich die Beamtenschaft die Achtung verschaffen, die sie in ihrem eigenen Interesse und vor allem für die Gestaltung einer besseren Zukunft braucht.

Zum Schluß der Kundgebung versicherte der zweite Vorsitzende des ADB, Genosse Graßmann und vom Ma-Bund Genosse Stehr die im ADB organisierte Beamtenschaft unverbrüchlicher Solidarität, wie sie sich in den Tagen des Kampfes gezeigt und bewährt habe. Nach einem kurzen Wort des Staatssekretärs a. D. Dr. Julius Hirsch über die Reparationsfrage und die Reichsbahnpolitik schloß die Kundgebung.

Dorpmüller als Reichsbahndirektor

Eine Niederlage der Reichsregierung.

Berlin, 19. Oktober. (Radio.)

Amlich wird gemeldet:

Die Verhandlungen der Reichsregierung mit dem Verwaltungsrat der Reichsbahn in der Frage einer möglichst engen Zusammenarbeit zwischen Reichsbahnverwaltung und Reichsverkehrsministerium sind heute zum Abschluß gekommen. Nachdem die diesbezüglichen Richtlinien seitens der Reichsregierung als auch des Verwaltungsrates der Reichsbahn am vergangenen Sonnabend ihre offizielle Zustimmung gefunden haben, konnte nunmehr durch den Herrn Reichspräsidenten heute nach seiner Rückkehr nach Berlin auf Vorschlag der Reichsregierung die Bestätigung der Wahl des bisherigen stellvertretenden Generaldirektors der deutschen Reichsbahn Dr. Dorpmüller zum Generaldirektor der deutschen Reichsbahn ausgesprochen werden

*

Wohlweislich schweigt sich die amtliche Meldung über den materiellen Inhalt der Vereinbarungen aus. Er bedeutet nämlich eine Niederlage der Regierung über die Personalfragen hinaus. Nicht einmal das ist erreicht worden, daß der Reichsverkehrsminister im Verwaltungsrat der Reichsbahnangehörigen

Sich und Stimme erhält; er darf nur seine Ansicht äußern, wenn der Herr Generaldirektor es wünscht.

Es ist dies ein weiterer Schritt in dem nicht scharf genug zu verurteilenden Kurs der Reichsbahngesellschaft. Das durch den Dames-Plan geschaffene Statut gibt ihr Freiheit nach allen Seiten hin. Daß diese Freiheit handig gegen das Reich und noch schärfer gegen die Arbeiterschaft ausgenutzt wird, das haben wir den deutschen Wirtschaftsführern zu danken, die im Verwaltungsrat sitzen.

Schulvertrag zwischen Preußen und Oesterreich

Am Montag wurden im preussischen Kultusministerium die Ratifizierungsurkunde über den preussisch-österreichischen Schulvertrag ausgetauscht. Der Vertrag verpflichtet beide Staaten, die Schulpflicht der Staatsangehörigen durchzuführen, jedoch Kinder von Oesterreichern, die in Preußen leben, der gleichen Schulpflicht unterworfen sind, wie die Kinder von preussischen Staatsbürgern. Preussische Kinder in Oesterreich unterliegen den gesetzlichen Bestimmungen, die dort über den Schulbesuch getroffen sind. Bisher mußten Preussen, die in Preußen leben, für ihre schulpflichtigen Kinder Fremdenzuschulgeld zahlen, wie andere Ausländer. Der jetzt ratifizierte Vertrag tritt 14 Tage nach Austausch der Urkunden in Kraft.

Großer Krach

im Lübecker „Völkerbund“

Dr. L. Lübeck, 19. Oktober.

Dem sogenannten Lübecker „Völkerbund“ ist etwas sehr Schlimmes passiert. Er ist für die große Öffentlichkeit eine lächerliche Angelegenheit geworden. Man nimmt ihn selbst in streng bürgerlichen Kreisen nur noch komisch.

Die Gründe für dieses Mißgeschick liegen auf der flachen Hand. Da erzählt man den Tumben tagtäglich von der „wunderbaren Geschlossenheit der Hanseaten“. Da behauptet man, daß im ganzen Klub nicht ein einziger „Ehrgeiziger“ sei. Und jedermann in Lübeck weiß, daß sie sich bis heute noch nicht geeinigt haben, daß sie schon siebenmal auseinandergefallen sind und daß sie um zwei bis drei Mandate feilschen wie die Hasenfelljuden.

Haben die klugen Zeitgenossen, die sich in dem komischen Völkerbund zusammengefunden haben, wirklich angenommen, daß ihre Verhandlungen geheim blieben? Haben sie wirklich geglaubt, ein buntschichtig zusammengewürfelter Klub von 50 Mandatsjägern würde diskret bleiben? So etwas können sich allerdings nur ganz „unpolitische“ Männer ausdenken.

Man kämpft also noch immer erbittert um ein halbes Duzend Mandate? Darüber der Krach? Oh nein! Viel tiefer liegen die Zermürbungen!

Wer die Lübecker bürgerliche Presse in den letzten Tagen aufmerksam verfolgt hat, der kann sich über die Vorkommnisse im Völkerbund sehr leicht ein Bild machen. Schon am Freitag legte der „Gen.-Anz.“ Wert darauf zu erklären, daß er keinerlei Beziehungen zu „Recht und Freiheit“ habe. Aber er blieb nicht bei dieser schüchternen Trennungslinie. Der „Gen.-Anz.“ hat sogar die ungeänderte Aufnahme eines Inserats des „Völkerbunds“ verweigert.

Der Agitationsausschuß dieses Bundes schickte der bürgerlichen Presse ein Inserat, worin die bekannte Lobeshymne auf die Sozialdemokratie und das deutsche Militär vorkam. In diesem Inserat stand auch folgender Satz:

„Der S. B. B. das ist jeder Einzelne; und „Recht und Freiheit“ ist eine ausgezeichnete Zeitschrift.“

Wir müssen nun zugeben, daß wir die Zusammenstellung dieser beiden Halbsätze so komisch finden, daß wir sicherlich den Nachsatz angefügt hätten: und der Schweizerkäse hat die größten Löcher. Leider hat der „Gen.-Anz.“ diesen Witz nicht aufgebracht. Sondern — er hat den zweiten Halbsatz, eben die Vertrauenserklärung für „Recht und Freiheit“, einfach weggeschrien. Die Leser des „Gen.-Anz.“ werden sich erinnern, daß von dieser Zeitschrift in der angezogenen Notiz des „Gen.-Anz.“ kein Wort stand.

Selbsterständlich war diese Tatsache für uns und für die Öffentlichkeit sehr interessant. Wir sind deshalb der ganzen Angelegenheit nachgegangen. Dabei ließen sich ganz verblüffende Feststellungen machen. Im „Völkerbund“ stehen sich zwei Richtungen gegenüber. Auf der einen Seite die politischen Parteien, auf der anderen Seite eine sogenannte wirtschaftliche Vereinigung. Diese wirtschaftliche Vereinigung besteht in der Hauptsache aus Männern, die verschiedene politische Parteien erfolglos absolviert haben, und die jetzt ihrem politischen Ehrgeiz auf unpolitische Weise frönen. Ehrgeizige Mandatsjäger wie der Marmor schleifer Bruhn (allgemein als „Senator“ Bruhn bekannt) und der Tischlermeister Reetz führen das große Wort.

Diese wirtschaftliche Vereinigung hat die große politische Aufregung im Sommer dieses Jahres benutzt, um den rechtsbürgerlichen Parteien einen Strich um den Hals zu legen. Diese Parteien haben sich im richtigen Zeitpunkt überrennen lassen, und sie stehen heute machtlos inmitten einer Bewegung, die ihnen über den Kopf gewachsen ist. Sie stehen in einem Strom, der ihnen bis zum Hals geht, und dem sie doch nicht entgehen können, wenn sie nicht ertrinken wollen.

Die „Wirtschaftliche Vereinigung“ nützt ihre Machtposition nun aus, indem sie für sich den Löwenanteil der Mandate erzwingen will (sie muß allzuviel hungrige Mäuler stopfen). Zu dem Kreis dieser ehrgeizigen Vereinigung gehört auch Herr Haase. Und von eben diesem Kreis geht der komisch-langweilige Wahlkampf aus, der sich selbst den originell-merkwürdigen Namen „Recht und Freiheit“ gegeben hat.

Wir brauchen zu diesem „Recht und Freiheit“ kein Wort zu sagen. Nur feststellen möchten wir, daß große Teile des Lübecker Bürgertums sich schämen. Und insbesondere leidet unter diesem Schamgefühl die Deutsche Volkspartei. Sie hat alle Regierungsmassnahmen mitverantwortet, sie kennt die Arbeit der Sozialdemokraten. In ihren Reihen sitzen Männer von politischem Ehr- und Anstandsgefühl. Und diese Männer sind es — zur Ehre der Volkspartei sei es gesagt —, die gegen das lugnerische und niedrigpersönliche Niveau des begonnenen Kampfes Einspruch erhoben haben, die sich mit einem Wahlkampf von solcher Unanständigkeit nicht identifizieren wollen. Sie lehnen mit einem großen Teil des Lübecker Bürgertums „Recht und Freiheit“ ab!

Zum Schluss

Quadrate gezeichnet, zum Zusammensetzen von Decken	25 \$
Quadrate gezeichnet, farbiges Halbleinen moderne Muster	60 \$
Teemützen in großer Auswahl	75 \$
Kaffeewärmer in hübschen Zeichnungen	95 \$
Kissen mit Rückwand, hübsche Muster	98 \$
Mitteldecken 60/60 cm, gute Zeichnungen	1.25
Mitteldecken gez., ca. 75/75, reich mit Einsatz und Spitze garniert	2.25
Herrenzimmerdecken 130 rund, in vielen hübschen Zeichng.	5.75
Kaffeedecken 130/160, viele moderne Muster	6.75
EBzimmerdecken gezeichnet, schwarz Halbtuch, in großer Auswahl	9.75
Kissen gezeichnet, schwarz Halbtuch, gute Zeichnungen	1.95
Kissen farbig Rips, in modernen Mustern	1.95
Straminkissen zum Ausfüllen	von 3.75 an

unserer sehenswerten **Handarbeits-Ausstellung** möchten wir nicht versäumen, nochmals auf die sehr **niedrigen** Preise hinzuweisen

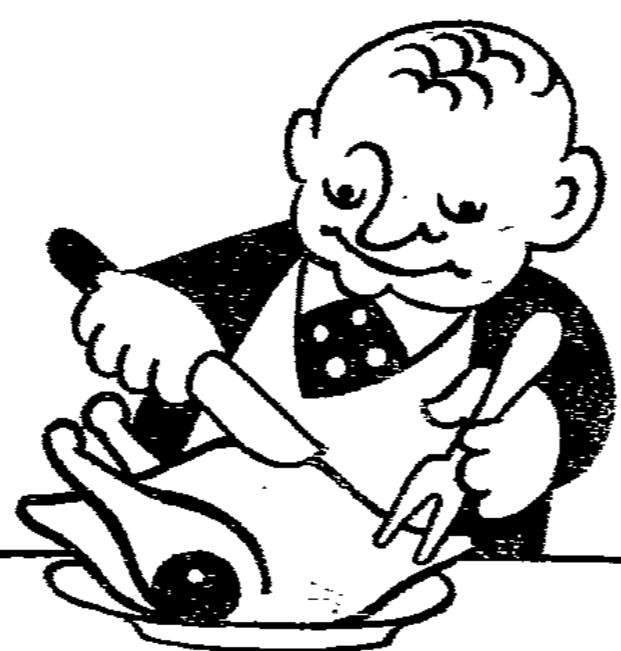
Küchenhandtücher gez., farbig besetzt	1.25 an
Klammerschürzen gezeichnet, gute Qualität	1.25
Topflappen gezeichnet	35 \$
Topflappentaschen gezeichnet	50 \$
Kaffeewärmer Polster	2.25
Zephirwolle in allen Farben Döcke	5 \$
Zephirwolle in allen Farben 10-Gramm-Lage	22 \$
Sportwolle in allen Farben, 4 Draht 100-Gramm-Lage	95 \$
Glissaseide zum Häkeln 50-Gramm-Lage	75 \$
Kunstseide zum Sticken Döckchen	4 \$
Chenille zum Häkeln v. Winterhüten	1.50
Straußenwolle 100-Gramm-Lage	1.80

Karstadt A.G.

Warme Herbst-Kleidung

Ausstauer Betten Kleiderstoffe Seide	Loden-, (3349) Manschester-, Leder-Anrüstungen
Herren-Gazüge Knab.-Garderobe Regenmäntel Mäntel, Loden	Herren-Süetel Damen-Schabe Arbeitsstiefel Schah-Süetel

Ehlers & Reetwisch
Holstenstr. 1 St. Petri 2-4



DER BESTE GÄNSEBRATEN WIRD AUF DEM ROST DES GASBRATOFENS HERGESTELLT. SCHAUBRATEN

Stochvorführens

morgen Mittwoch, den 20. Oktober 1926 nachmittags 4 1/2 Uhr

Aberbestelle

G. m. b. H. (3342)
Breite Straße 21

Mieterschubverein

Landesverband Lübeck e. V.

Mitgliederversammlung

Mittwoch, den 20. Oktober, abends 8 Uhr in den **Zentral-Hallen**, Dankwartigrube 20
Tagesordnung:
1. Begründung einer Baugenossenschaft des Mieterschubvereins Landesverband Lübeck e. V. Referent: **Dr. Stiller-Hamburg.**
2. Die drohende Mieterhöhung in Preußen um mindestens 30% der Friedensmiete.
3. Stellungnahme des Mieterschubvereins Landesverband Lübeck e. V. zur bevorstehenden Bürgerstimmwahl.
4. Ergänzungswahl zum Vorstand.
5. Innere Vereinsangelegenheiten.
Eintritt nur gegen Vorzeigung der Mitgliedskarte. Am Saaleingang erfolgen bei dieser Versammlung keine Aufnahmen. (3333)
Der Vorstand

Luisenlust

Mittwoch: **Or. Landströmchen** Eintritt u. Tanz frei

Städtisches Orchester

2. Volkstümliches Konzert

Sonntabend, d. 23. Okt., abds. 8 Uhr im **Gewerkschaftshaus** (3315)

Lortzing-Fest

Leitung: Kapellmeister Boravka
Opernjägerin Marg Wagner
Solisten: Opernjäger Carl Buschmann
Opernjäger Georg Rehkemper
Karten zu 50 Pfg. in den Vorverkaufsstellen: Zuse, Borchert, Breite Straße, Barnakow, Hüterdamm und in den Warenabgabestellen des Konsumvereins.

Volkstheater zu Lübeck e. V.

Geschäftsstelle: Frauentorstraße 36 - Fernsprecher 33
Geöffnet: Mittwochs, Donnerstags und Freitags nachmittags 4 1/2 - 7 1/2 Uhr.

In den Kammertheatern

am Sonntag, dem 24. Oktober, abends 8 Uhr
Das Grabmal des unbekanntem Soldaten
von Reginald
Einheitspreis 1.- RM.

Karten im Vorverkauf in der Geschäftsstelle und bei **Hänsde**, Breite Straße 99. (3334)

Waggon Dauerapfel und Äpfel billig. Verkauf täglich. (3348) Holstenbrücke.

Winter-Kartoffeln

in bester Qualität vom Sandboden. Ausständig ein-treffenden Waggons gelbe Industrie a Str. 4.00 RM. frei Haus. Proben stehen zur Verfügung.

Roggenbrot in □-Ballen Str. 2.50 RM.

Johann Wieggers
Balauerjahr 26/28.
Lager: Kanaltorstraße 102. Fernsprecher 277.

Gaugewerksbund

Mitglieder-Versammlung

am Mittwoch, dem 20. Oktober, abends 7 1/2 Uhr im **Gewerkschaftshaus**
Tages-Ordnung:
1. Der Internationale Kongress für Wohnung und Siedlung.
2. Bericht vom Ortsaus-schuss.
3. Innere Verhandlungs-angelegenheiten.
Zahlreiches Erscheinen der Mitglieder erwartet
Der Vorstand

Stadttheater Lübeck

Dienstag, 8 Uhr: **Fergus (Der vertriebene König)** Ende 10.20 Uhr
Mittwoch, 8 Uhr: **Paganini** (3340)
Donnerstag, 8 Uhr: **Stippel**
Freitag, 8 Uhr: **Die ersten Menschen**

FLEDERMAUS

16. bis 31. Oktober
Sensationeller Spielplan
Staunenregend
Eintritt 50 Pfg.
9 Uhr (3323) Kleine Preise



333
4 M. an
585
8 M. an
Garantis-Wecker 4 Mk.
50 Silber - 90 gest.
Alpaka-Bestecke.
H. Schmitz, Uhrmacher,
25 Jehanisstraße 25

Kartoffeln

in gelb. Industrie 10 Pfg. 50 Pfg.
in lange gelbe 10 Pfg. 60 Pfg.
in kleine Oberländer 10 Pfg. 45 Pfg.

W. Prestin
3317 Markstraße 15

Billige Kartoffeln 3.80 v. P. Str.
Ia. gelbe Industrie (3338)
Untertrave 50

Kolosseum

Morgen Mittwoch
Tanzkränzchen
Flotte Jazzband-Musik
Anfang 8 Uhr (3325)

Lübecker Bürgerschaft

Ausgang dieser Bürgerschaft / Bürgerliche Wahlmanöver

Es ging gestern wie so oft in der Bürgerschaft: man ratete und tatete zum Wohle des Staates und nicht zuletzt der Beamten, ruhig und sachlich. Denn die Senatsvorlage über die Aenderung der Besoldungsordnung zum Beamtenbesoldungsgesetz ist — unser Staatsfädel in Betracht gezogen — immerhin von einiger Bedeutung, auch wenn es sich nur darum handelt, durch das außer Kraft gesetzte Besoldungsiperrgesetz veranlaßte Härten auszugleichen, die anderorts bereits erlebte sind. Wie gesagt, gleich unserem Sprecher Genossen Zander brachten die Redner sachliche Gründe zugunsten der Beamten vor, und nur Dr. Wittern blieb es vorbehalten, die Debatte zu einem Todesritt gegen die Sozialdemokratie auszuweiten. Uns gegen Dr. Wittern zu verteidigen, haben wir ganz gewiß nicht nötig. Im Interesse der politischen Reinlichkeit liegt es aber, offensündige Unterstellungen festzunageln. Wir verstehen es ja, daß der relegierte Kämpfer für Recht und Freiheit auf alle Fälle eine Kosinante braucht, um seine paar hundert Reiske auf der Walfahrt überschauen zu können. Glend zusammenklappen wird die von dem ehrsamem Streiter gerittene Schindmähre aber doch, weil sie die frische Herbstluft einfach nicht mehr vertragen kann.

Herr Dr. Wittern, der Rechtsanwalt, behauptete eisensternig, sowohl Genosse Haut wie Dr. Leber hätten in einem Ausschluß davon gesprochen, man müsse nach den Neuwahlen zur Bürgerschaft die Frage erwägen, ob nicht die Gehälter und Pensionen der Beamten gekürzt werden könnten. Dr. Wittern advo-katete sich da etwas zurecht, was man im gewöhnlichen Sprachgebrauch eine Unwahrheit nennt. Er wandte einen Wahlstrick an, der ihm außer den völkisch zugetanen Freunden des höheren Beamtenstandes auch nicht eine Stimme einbringt. So dummt und denn auch die uns politisch unfreundlich gesinnten Beamten nicht, daß sie auf diesen Schwindel hereinfallen. Unsere Redner, die Genossen Dr. Leber und Haut, sagten diesem eigenartigen Wahrheitsfischer Klipp und klar, wer kürzen will oder gekürzt hat. Dr. Wittern nämlich! Der untergeschlug die Tatsache, daß im Ausschluß gesagt wurde, es könne der Zeitpunkt kommen, wo die Frage auftauche, ob die Gehälter und Pensionen der hohen und höchsten Beamten weitergezahlt werden könnten. Insbesondere verwies Genosse Dr. Leber darauf, daß die Sozialdemokratie an den heutigen Zuständen unschuldig sei, dafür aber die bürgerliche Mehrheit im Senat die Verantwortung trage. Und Rechtsanwalt Gwers, vom Genossen Haut zur Antwort gezwungen, mußte sogar zugeben, daß die Frage mit dem Zulass angeknüpft wurde, sie sei nicht in Lübeck geboren, sondern könne von auswärts zwangsläufig herkommen. Daß der Vorsitzende dieses Ausschusses, eben Herr Gwers, die Besprechungen im Ausschluß als Geschwätz bezeichnete, ist immerhin bemerkenswert.

Dr. Wittern, in die Enge getrieben, mokierte sich dann so nebenbei über die ihm in der letzten Bürgerschaftssitzung zugegangene Behandlung, obwohl es auch ihm endlich dünnern müßte, daß er der Provokatore ist. Selbst seine Leibblätter schüttelten ihn ab, und der Rettungsversuch des pseudonymen Ritters im Inzeratenteil der Lübeckischen Anzeigen machte ihn ebenso lächerlich, wie er sich im Wahlkampf todlicher unsterblich blamieren wird.

Zum Schluß sei noch eines festgestellt: noch bei allen Wahlen in Reich und Ländern haben die Rechtsparteien versucht, sich als die einzig wahren Beamtenfreunde hinzustellen. Wie sie in Wirklichkeit über die mittleren und insbesondere die unteren Beamten denken, das haben diese schon so oft erfahren. In Lübeck ist das natürlich auch nicht anders. Die Beamtenpolitik der Sozialdemokraten dagegen liegt offenkundig und ohne Winkelzüge da. Wir geben ohne weiteres zu, daß uns bei den Besoldungsfragen auch die Lohn- und Gehaltsverhältnisse der Arbeiter und Angestellten interessieren, und nicht zuletzt auch die Not der Erwerbslosen. Diese Verhältnisse sind für die Steuerzahler nicht gar so unwichtig. Aber was sehen wir da bei den erbgewalteten Beamtenfreunden? Da sind es die Parteien von Wittern bis Gwers, die seit Jahr und Tag Lohn- und Gehaltskürzungen, verlängerte Arbeitszeit predigen, aber nicht zugunsten der Direktoren, sondern der Arbeiter und Angestellten. So steht es aus in den Doppelseelen derer für Recht und Freiheit Kämpfenden. — Spiegelfechtere!

Der „General-Anzeiger“ hat einen komischen Berichterstatter. Er verfolgt die ganzen Verhandlungen in der Bürgerschaft nur mit zwei persönlichen Zielen! Knie-Ziel 1: Wo und wie kann ich irgend einem Sozialdemokraten einen schwarzen Fleck auf den Hinterrücken spritzen? Knie-Ziel 2: Wo und wie kann ich meinem guten alten Freunde Wittern irgend einen kleinen Liebesdienst erweisen?

Dieses zweite Ziel kann man am besten illustrieren mit dem lieblichen Gedicht (von Knie der Öffentlichkeit unterbreitet):

Auf der Alm da steht a Ruach,
Nacht das Auge auf und zu!
Sinter der Ruach, da steht ein Schwein.
Sch Lüpft der Ruach ins Aug hinein!

Selbstverständlich bliebe um vollen Verständnis dieses bayrischen Vergleiches noch die Schwerefrage zu lösen: Wer von den beiden Freunden steht bei dem passifischen Bild nun eigentlich hinten, Herr Wittern oder Herr Knie?

Wir wollen uns die Antwort sparen. (Sie wäre satomistisch einfach!) Jedenfalls steht fest, daß der Berichterstatter infolge

seiner charaktervollen Betätigung in der Bürgerschaft wenig Zeit und Gelegenheit hat, den sachlichen Verhandlungen zu folgen.

Beispiel: In der letzten Sitzung gab der Wortführer bekannt (wörtlich nach dem Stenogramm): Herr Karl Peters teilt der Bürgerschaft mit, daß er aus der kommunistischen Fraktion ausgetreten ist. Die Fraktion besteht nunmehr noch aus 9 Mitgliedern.

Der Berichterstatter des „Gen.-Anz.“ verkündigte darauf der staunenden Leserschaft seines Blattes und auch des Hamburger Fremdenblattes, daß die Lübecker Kommunisten keine Erlahleute mehr hätten, weshalb die Lübecker Bürgerschaft nur noch 79 Mitglieder zähle. Der Wortführer Ehlers teilte nun gestern der Bürgerschaft mit, daß diese Behauptung falsch sei, und außerdem händen auf der kommunistischen Liste noch 26 Erlahleute und es sei deshalb anzunehmen, daß sie trotz starken Verbrauchs bis zum 14. November auskämen.

Herr Knie will sich nun heute morgen gewissermaßen entschuldigen, indem er dem Wortführer vorwirft, er habe für Peters keinen Erlahmann genannt. Knie beweist damit nur, daß er jetzt erst recht alles auf den Kopf stellt, weil er — eben infolge seiner geschmackvollen Beschäftigung mit Dr. Wittern — auch jetzt noch nicht begreifen hat, warum es sich handelt Herr Peters ist, wie aus den Worten des Wortführers ja einwandfrei hervorgeht, gar nicht aus der Bürgerschaft, sondern aus der kommunistischen Fraktion ausgeschieden. Weshalb natürlich auch kein Erlahmann zu nennen war. Hoffentlich ist diese Kardinalfrage, die schon zu großen verfassungsrechtlichen Erörterungen geführt hat, hiermit erledigt. Herr Knie kann ja seinen berühmten falschen Hals mal auszurufen. —

Doch nun zurück zur Hauptsache! Wie steht's mit der so sehr breitgetretenen „Beamtenangelegenheit“? Was waren die tatsächlichen Vorgänge in dem genannten Ausschuß?

Bekanntlich hatte Wittern in der ersten Rat über die Senatswahl den Antrag gestellt, die Pensionsberechtigung für Senator Eckholdt zu streichen. Die sozialdemokratischen Vertreter im Ausschuß erklärten dagegen: Bisher hat man uns immer gesagt, das Gehalts- und Pensionsgesetz für die Senatoren könne nicht nachträglich geändert werden. Weil Herr Eckholdt Demokrat sei, handle es sich jetzt völkisch nicht mehr um klarbare Rechte? Die sozialdemokratische Fraktion hat ein Interesse daran zu wissen, ob der Antrag Wittern rechtlich möglich sei und sie erbittet deshalb ein maßgebliches Gutachten. Wenn dieses Gutachten aber tatsächlich die Möglichkeit gebe, so werde die sozialdemokratische Fraktion beantragen, die Gehälter und Pensionen der Senatoren herabzusetzen. Und sie wird dann in der neuen Bürgerschaft entsprechende Anträge einbringen.

Dagegen sprach Dr. Wittern, da für ihn nur die Pension Eckholdts in Frage komme. Eckholdt sei als Senator unangeeignet. Welche Vorbildung habe er denn? Er sei Militärentwärtter und deshalb weder geeignet noch würdig, ein Senatsamt anzunehmen, und deshalb könne er auch keine Pension beanspruchen für den Fall, daß die bürgerlichen Parteien ihn wieder beiseitigen werden.

Der vernünftigen Erwägungen zugängliche Teil der Beamten-schaft möge entscheiden, wer aus politischen Gründen Beamtenrechte verkehren will. Aber noch eines mögen diese Beamten überlegen: Für manche Parteien ist es sehr einfach, Beamtenforderungen zu vertretzen und zu bewilligen. Sie tragen ja für unser Finanzwesen keine Verantwortung. Die sozialdemokratische Partei spricht das entscheidende Wort; sie ist in den Behörden hauptverantwortlich; sie hat mit Riesendefiziten zu rechnen; sie muß verhindern, daß die Steuerbelastung — hauptsächlich durch die Reichssteuer — noch weiter answillt; sie will den Wohnungsbau fördern. Jeder Einsichtige wird zugeben, daß unter solchen Umständen jede Ausgabe zehnmal zu überlegen und abzuwägen ist. Schon der schwerleidenden Arbeiter-schaft sind wir schuldig, zu erklären, daß die gestern angenommenen Besoldungsverbesserungen einen gerechten Ausgleich für frühere Härten darstellen. Und auch jeder politisch denkende Beamte wird einsehen, trotz der General-

Sozialdemokratischer Verein

Mittwoch, den 20. Oktober, abends 7 1/2 Uhr,
im Gewerkschaftshaus

außerordentliche Mitglieder-Versammlung

Tagesordnung:

Die Bürgerschaftswahl

Redner: Gen. Dr. Leber M. d. R.

Ein geladen sind besonders die tätigen Genossen und Genossinnen, die Betriebsvertrauensleute, die im Reichsbanner organisierten Parteigenossen und alle diejenigen, die freiwillige Wahlarbeit leisten wollen

Der Vorstand

Anzeiger-Heke gegen den Gen. Haut usw., daß die sozialdemokratische Fraktion aus Gerechtigkeit gegenüber unserer Beamten-schaft ein schweres Opfer gebracht hat. Ein Opfer, für das sie allein die Mittel aufbringen, oder sonst irgendwo einparzen muß. Die gesamte Beamten-schaft wird uns recht geben, wenn wir erklären: das Bewilligen von Mitteln ist leicht. Aber in den Finanzen des Staates einigermaßen Ordnung zu halten, das ist schwer. Und gerade diese Ordnung liegt doch im Interesse der Beamten-schaft!

Vielleicht ist es angebracht, gerade an dieser Stelle zu wiederholen, was das **Beamtenprogramm der sozialdemokratischen Partei über die**

Beamtenbesoldung

fordert:

3. Die Sozialdemokratie fordert eine ausreichende Besoldung aller Beamten und eine erhebliche Verminderung der Gruppen. Den Beamten steht ein rechtlicher Anspruch auf die Alterszulagen ihrer Gruppe zu. Das Höchstgehalt der dienstlichen Laufbahn muß spätestens nach zwölfjähriger fester Anstellung erreicht werden. Die Besoldungs- und Ruhegehaltsätze sowie die Witwen- und Waisenrenten sind den jeweiligen Lebensverhältnissen anzupassen. Das Diätariat ist zu besetzen. An seine Stelle tritt eine auf höchstens zwei Jahre zu bemessende Probefrist. Bei Gehaltsregulierungen sind die Altpensionäre den Neupensionären gleichzustellen. Die Ortszulagen sind für die Orte, die ein einheitliches Wirtschaftsgebilde bilden, gleich zu bemessen.

Die Sozialdemokratie fordert eine besondere Fürsorge für kinderreiche Familien sämtlicher Arbeitnehmer einschließlich der Beamten. Die für diesen Zweck angewendeten Beträge dürfen nicht als Teil des Gehalts gelten.

Zu Beginn der Sitzung weist der erste Wortführer Ehlers auf einen in der bürgerlichen Presse verbreiteten Irrtum hin. (Die Richtigstellung ist im Stimmungsbericht nachzulesen.) — Der Vorsitzende des Kleinsten Ausschusses, Gen. Haut, berichtet über die Anträge auf Aufhebung der Immunität der Bürgerschaftsmitglieder Dr. Bauer (Volksp.) und Rosengart (Komm.). Im ersten Falle wird zur Tagesordnung übergegangen, weil ein Bürger-schaftsbeschluss auf Aufhebung bereits vorliegt. Im zweiten Falle wird der Antrag gegen die Stimmen der Rechten abgelehnt. Es handelt sich um die Vorgänge in Schlutup, wo sich Stahlhelmer und Kommunisten anrempelten. Mit Ausnahme einer Fraktion, die im Ausschluß zu Worte kamen, wurde betont, daß eine derartige gegenseitige Anrempelung wenig geschmackvoll sei. Es sei gut gemeint, daß der Zusammenstoß nicht schlimmere Folgen gehabt habe.

Schmidt und Gen. (Komm.) stellen den Dringlichkeitsantrag, den Senat zu ersuchen, daß die Behörde für Arbeit und Wohlfahrt angewiesen werde, den Arbeitslosen, Sozial- und Kleinrentnern Gutscheine für je 5 Zentner Fertigfutter verabsolgt und zu diesem Zwecke 1 000 000 RM. zur Verfügung gestellt werden. — Dieses Ersuchen wird mit Zweidrittelmehrheit angenommen.

Die Senatsanträge — Beamtenbesoldung

Weitergemährung des Staatszuschusses für die Beamten-frankenklasse und die Polizeifrankenklasse (25 600 resp. 7500 RM.). — Wird angenommen.

Aenderung der Besoldungsordnung zum Beamtenbesoldungs-gesetz. — Hierzu liegen drei sozialdemokratische und einige bürgerliche Anträge vor, die sich zum Teil decken.

Zander (Soz.) erinnert an den Fall des Besoldungsiperr-gesetzes, an die hier jutage tretende Einigkeit über Beamten-fragen und an die Verhandlungen mit den Beamtenorganisationen. Er tritt mit Breinig (Volksp.) und Heinrich (Dem.) dafür ein, daß die Vorlage rückwirkende Kraft vom 1. April an habe und nicht wie im Senatsantrag erst vom 1. Oktober ab. Viele andere Länder hätten den vorgezeichneten Ausgleich längst durchgeführt. Die Tatsache, daß der behördliche Apparat hier lang-samer gearbeitet habe, dürfe kein Grund sein, unsere Beamten schlechter zu stellen als anderwärts. Die Summe steige dadurch wohl von 60 000 auf 114 000 RM., aber es handle sich nicht um eine neue Zulage, sondern um den Ausgleich von Härten. Des weiteren stellt der Redner den Antrag, die Schulwärtter insgesamt aus der Gruppe 3 B in die Gruppen 3 D mit Aufstieg in 4 A zu versetzen. Es liege kein Grund vor, die Schulwärtter an den höheren Schulen zu bevorzugen. Diese seien durch verschiedene Extracinnahmen bevorzugt, hätten einen Heizer zur Verfügung, während die Schulwärtter an den Volks- und Mittelschulen die Heizung selbst besorgen müßten, also einen anstrengenderen Dienst hätten. Sämtliche Schulwärtter müßten gleichgestellt werden. Weiter beantragt der Redner die Aumerkung 1 zur Gruppe 7 (Prüfungen und Aufstiegsmöglichkeiten) in den Fassungen des Beamtenbesoldungsgesetzes von 21. 3. 23 und des Nachtrages dazu vom 17. 7. 25 zu streichen. Er begründet den Antrag damit, daß den Beamtengruppen grundsätzlich ein automatischer Aufstieg in mehreren Gruppen gewährt würde. Nun sollen die Sekretäre ein Prüfungshemmnis haben. Ihnen müsse der Aufstieg ebenso zugestimmt werden, wie den übrigen Gruppen. Alle Härten würden durch die Vorlage nicht ausgeglichen, es soll aber im Januar ein Nachtrag vorgelegt werden. Der Redner läßt sich des weiteren über die gehobenen Stellen der Mittelschul-schreier aus und betont zum Schluß, daß es leider nicht möglich gewesen sei, einen so großzügigen Ausgleich wie in Hamburg zu finden. Dort gelangte man nach 12 Jahren in die zweiten und nach weiteren 8 Jahren in die dritten Aufstiegsguppen, während hier 12 und 15 Jahre vorgezogen seien. Falls es die Finanzen gestatten, sollte man auch den Antrag Breinig unterstützen, der „den Senat ersucht, in eine Prüfung der Frage einzutreten, inwieweit der Aufstieg über zwei Gruppen nach 12 resp. 8 weiteren Dienstjahren auch in Lübeck angemessen ist.“

Heinrich (Dem.) begrüßt die Vorlage. Es sei nicht mehr wie recht und billig, wenn die Rückwirkung bis 1. April zur Geltung komme. Der Redner stimmt im übrigen dem Antrag der sozialdemokratischen Fraktion betr. weitere Aufstiegsmöglichkeiten



Reichsbanner Schwarz-Rot-Gold

Geschäftsstelle: Gr. Burgstraße 7, pl.
Schriftverkehr: von 11 Uhr vorm. bis 7 Uhr nachm.

Jugendmannschaft, Dienstag, 8 Uhr, Versammlung. Wichtige Tagesordnung. Erscheint alle!

Gewerkschaftliche Mitteilungen

Gewerkschaftsbund: „Jugend vom Bau“, Versammlung am Dienstag, den 19. d. M., abends 7 Uhr im Gewerkschaftshaus. Alle jungen Kollegen müssen erscheinen.

Hinweise auf Versammlungen, Theater usw.

Freiwillige Gemeinde Lübeck, Donnerstag, den 21. Oktober, abends 7 1/2 Uhr im Gewerkschaftshaus, Johannisstraße 50, Mitgliederversammlung. Wichtige Tagesordnung. Erscheinen aller Mitglieder notwendig.

Arbeiter-Sport

Alle Zuschriften für diese Rubrik sind an den Sportgen. Max Corneli, Gr. Gröpelgrube 32 nicht an die Redaktion der Lübecker Volksboten zu richten.

Spießpartei 3. Sez. Die für Mittwoch, den 20. d. Mts., angekündigte Spielführung, findet wegen der Mitglieder-versammlung der Sozialdemokratischen Partei erst am Donnerstag, dem 21. Oktober, abends 8 Uhr bei Straßmann statt.

Bekanntes Trömmeln und Pfeifen des Arbeiter-Turn- und Sportbundes, 2. Sez., 3. M., Sonntag, den 7. November, findet die Delegiertenversammlung der Spießpartei abends 8 Uhr im Arbeiter-Sportheim, Sandstraße, statt.

Bücher sind Freunde Bücher sind Gefährten

Table with columns: Nr., Kl., Zeit, Schiedsrichter, Platz, Schiedsrichter. Lists various football matches and referees.

Wetterbericht der Deutschen Gewerks

Mit der norddringenden Kalifront aus dem hohen Nordwesten hat sich das von Grönland bis zum Kanal reichende Hochdruckgebiet weiter verdrängt. Sein Vorbringen nach Osten wird noch immer durch die Randwirbel der nordöstlich europäischen Depressionen hindert.

Schiffsnachrichten

Lübeck-Büchse Aktiengesellschaft
Dampfer Riga ist am 16. Oktober 1 Uhr nachmittags in Rona angekommen.
Dampfer Santa Jürgen ist am 16. Oktober 4 Uhr morgens in Danzig angekommen.

S. Gerda, Kapl. Andersen, von Dillingen, 3 Tg. - D. Berlin, Kapl. Schöpfke, von Neufeld, 2 Tg. - D. Secabier, Kapl. News, von Wismar, 2 1/2 Tg.



Kundfunk-Programme: Hamburg, Bremen, Hannover, Kiel, Hamburg Welle 392, Bremen Welle 297, Hannover Welle 297.

Mittwoch, 20. Okt. 1.20: Hamburg (alle Noragender): Engl. Schuln. 4.15: Hannover (Samm. u. Bremen): Klavierkonzert Clara Schumann 5.15: Hamburg (alle Noragender): Kunstheimelmanns Mädchenchor 6.15: Hamburg (Sbg. u. Kiel): Konzert.

Verantwortlich für Inhalt und Vollständigkeit: Dr. Fritz Solmitz für Freiheit Lübeck und Seilteller: Hermann Bauer für Illustrierte: Carl Lüdhardt. Verleger: Carl Lüdhardt. Druck: Friedr. Meyer u. Co. Sämtlich in Lübeck.

Amtlicher Teil

Zwangsvollstreckung

Im Wege der Zwangsvollstreckung soll das im Grundbuche von Lübeck, St. Gertrud, Blatt 155, auf den Namen des Pferdehändlers Heinrich Friedrich Theodor Adolf Georg Rutz in Lübeck eingetragene Grundstück Schulstraße Nr. 11, groß 1 a 34 qm

am Dienstag, dem 7. Dezember 1926, vormittags 10 1/2 Uhr.

durch das unterzeichnete Gericht an Gerichtsstelle in Lübeck, Gr. Burgstraße Nr. 4, Zimmer Nr. 22, versteigert werden.

Es ergeht die Aufforderung, Rechte, soweit sie zur Zeit der Eintragung des Versteigerungsvermerkes am 23. Februar 1926 aus dem Grundbuche nicht ersichtlich waren spätestens im Versteigerungstermine vor der Aufforderung zur Abgabe von Geboten anzumelden und wenn der Gläubiger widerspricht glaubhaft zu machen, widrigenfalls sie bei der Feststellung des geringsten Gebots nicht berücksichtigt und bei der Verteilung des Versteigerungserlöses dem Anspruch des Gläubigers und den übrigen Rechten nachgegeben werden.

Diejenigen, welche ein der Versteigerung entgegenstehendes Recht haben, werden aufgefordert, vor der Erteilung des Zuschlags die Aufhebung oder einstweilige Einstellung des Verfahrens herbeizuführen, widrigenfalls für das Recht der Versteigerungserlöse an die Stelle des veräußerten Gegenstandes tritt.

Lübeck, den 12. Oktober 1926. 3341 Das Amtsgericht, Abteilung II.

Zwangsvollstreckung

Im Wege der Zwangsvollstreckung soll das im Grundbuche von Lübeck, innere Stadt, Blatt 1599, auf den Namen des Händlers Heinrich August Georg Gustav Bendtsen in Lübeck eingetragene Grundstück Johannisstraße Nr. 17 und 19, groß 1 a 94 qm

am Dienstag, dem 7. Dezember 1926, vormittags 10 1/2 Uhr.

durch das unterzeichnete Gericht an Gerichtsstelle in Lübeck, Gr. Burgstraße Nr. 4, Zimmer Nr. 22, versteigert werden.

Es ergeht die Aufforderung, Rechte, soweit sie zur Zeit der Eintragung des Versteigerungsvermerkes am 5. Oktober 1926 aus dem Grundbuche nicht ersichtlich waren spätestens im Versteigerungstermine vor der Aufforderung zur Abgabe von Geboten anzumelden und wenn der Gläubiger widerspricht glaubhaft zu machen, widrigenfalls sie bei der Feststellung des geringsten Gebots nicht berücksichtigt und bei der Verteilung des Versteigerungserlöses dem Anspruch des Gläubigers und den übrigen Rechten nachgegeben werden.

Diejenigen, welche ein der Versteigerung entgegenstehendes Recht haben, werden aufgefordert, vor der Erteilung des Zuschlags die Aufhebung oder einstweilige Einstellung des Verfahrens herbeizuführen, widrigenfalls für das Recht der Versteigerungserlöse an die Stelle des veräußerten Gegenstandes tritt.

Lübeck, den 15. Oktober 1926. (3342) Das Amtsgericht, Abteilung II.

Zwangsvollstreckung

Im Wege der Zwangsvollstreckung soll das im Grundbuche von Lübeck, St. Gertrud, Blatt 1034, auf den Namen des Fabrikanten Heinrich Johannes Joachim Kuhlmann in Lübeck eingetragene Grundstück Schönampstraße Nr. 6 b, groß 5 a 07 qm

am Dienstag, dem 7. Dezember 1926, vormittags 10 1/2 Uhr.

durch das unterzeichnete Gericht an Gerichtsstelle in Lübeck, Große Burgstraße Nr. 4, Zimmer Nr. 22, versteigert werden.

Es ergeht die Aufforderung, Rechte, soweit sie zur Zeit der Eintragung des Versteigerungsvermerkes am 13. Oktober 1926 aus dem Grundbuche nicht ersichtlich waren spätestens im Versteigerungstermine vor der Aufforderung zur Abgabe von Geboten anzumelden und wenn der Gläubiger widerspricht glaubhaft zu machen, widrigenfalls sie bei der Feststellung des geringsten Gebots nicht berücksichtigt und bei der Verteilung des Versteigerungserlöses dem Anspruch des Gläubigers und den übrigen Rechten nachgegeben werden.

Diejenigen, welche ein der Versteigerung entgegenstehendes Recht haben, werden aufgefordert, vor der Erteilung des Zuschlags die Aufhebung oder einstweilige Einstellung des Verfahrens herbeizuführen, widrigenfalls für das Recht der Versteigerungserlöse an die Stelle des veräußerten Gegenstandes tritt.

Lübeck, den 15. Oktober 1926. Das Amtsgericht, Abteilung II.

Zwangsvollstreckung

Im Wege der Zwangsvollstreckung soll das im Grundbuche von Lübeck, innere Stadt, Blatt 1599, auf den Namen des Händlers Heinrich August Georg Gustav Bendtsen in Lübeck eingetragene Grundstück Stavenstraße Nr. 15, groß 1 a 48 qm

am Dienstag, dem 7. Dezember 1926, vormittags 10 1/2 Uhr.

durch das unterzeichnete Gericht an Gerichtsstelle in Lübeck, Große Burgstraße Nr. 4, Zimmer Nr. 22, versteigert werden.

Es ergeht die Aufforderung, Rechte, soweit sie zur Zeit der Eintragung des Versteigerungsvermerkes am 1. Oktober 1926 aus dem Grundbuche nicht ersichtlich waren spätestens im Versteigerungstermine vor der Aufforderung zur Abgabe von Geboten anzumelden und wenn der Gläubiger widerspricht glaubhaft zu machen, widrigenfalls sie bei der Feststellung des geringsten Gebots nicht berücksichtigt und bei der Verteilung des Versteigerungserlöses dem Anspruch des Gläubigers und den übrigen Rechten nachgegeben werden.

Diejenigen, welche ein der Versteigerung entgegenstehendes Recht haben, werden aufgefordert, vor der Erteilung des Zuschlags die Aufhebung oder einstweilige Einstellung des Verfahrens herbeizuführen, widrigenfalls für das Recht der Versteigerungserlöse an die Stelle des veräußerten Gegenstandes tritt.

Lübeck, den 15. Oktober 1926. (3345) Das Amtsgericht, Abteilung II.

Straßenperrung

Die Molenmauer wird auf der Strecke von Weiter Lohberg bis zum Hause Molenmauer Nr. 130 vom Dienstag, dem 19. Oktober ds. Js. ab für den Fuhrwerksverkehr bis auf weiteres gesperrt sein.

Lübeck, den 18. Oktober 1926. 3331 Das Polizeiamt.

Personenstandsaufnahme

Alle Hausbesitzer, Haushaltungsvorstände und Betriebsinhaber, die ihre Listen noch nicht zurückgegeben haben, werden hiermit aufgefordert, sie nunmehr sofort in unserem Amt, Mengstraße 4, einzureichen.

3335 Das Statistische Landesamt.

Der Laienfleischbeschauer Hans Schulz in Dillau hat sein Amt als Fleischbeschauer für die Fleischbezirke Kurau und Dillau niedergelegt. Der Laienfleischbeschauer J. Grammerstorff in Kurau (Oldenburg, Anteil) ist vom Gesundheitsamt Lübeck beauftragt, vertretungsweise die Fleischbeschau in den obengenannten Fleischbezirken auszuüben.

Der Laienfleischbeschauer Franz Schmahle in Schlutup hat den ihm übertragenen Fleischbezirk Burgort zurückgegeben. Dieser Bezirk ist dem Laienfleischbeschauer Heinrich Schah in Lübeck, Hundestraße 29, übertragen worden.

Lübeck, den 18. Oktober 1926. Das Gesundheitsamt.

Oberrealschule zum Dom

Der Unterricht beginnt am Mittwoch, dem 20. Oktober ds. Js. vormittags 8,10 Uhr für alle Klassen.

Lübeck, den 18. Oktober 1926. 3321 Die Oberschulbehörde.

Konfirmanden-Unterricht

Die Anmeldung der Kinder zum Konfirmanden-Unterricht im bevorstehenden Winter hat im zweiten Seelhorstbezirk der Luthergemeinde am 21. und 22. Oktober bei Herrn Pastor Burgkammer, Kosslinger Allee 66 b, zu erfolgen. Die Lehrgänge sind bei der Anmeldung vorzulegen.

Lübeck, 18. Oktober 1926. 3311 Der Kirchenrat.

Notamtlicher Teil

Für die erwiesenen Karmathamkeiten zu unserer Vermählung danken herzlich (3350)

T. Feddern u. Frau Käthe geb. Wanner.

Nach Arbeiter-Denkmaler: Justizrat, 1. Klasse, 1. Klasse, 1. Klasse.

Neuer Damenhut billig zu verkaufen (3351) Finkenstr. 5

1 Herrenrad zu verkaufen (3316) Große Straße 1.

Farmer Kutser- od. Kappenmantel zu verk. (3315) Deperan 31.

Yang Hahn zugekauft (3319) Schönewitz 3

Verband der Gemeinde- und Staatsarbeiter

Filiale Lübeck

Die Beerdig. der Kollegin

Scheel

findet nicht von der Kap. Wörmler aus statt, sondern vom Krematorium. (3341)

Verl. am Sonntag halbfertige weiß. Bl. m. lkw. Verfert. Abg. Werderstr. 5. (3327)

Gesucht zu sofort ca. 15 Kisten Garciend, Nähe der Stadt Ang. unt. H 717 an die Exp. d. Bl. (3320)

Dr. med. Jacob Meyer (Göthenburgstraße 18 (3336) von der Reise zurück)

Dr. Seiler Facharzt für Hals-, Nasen-, Ohrenleiden, Meislinger Allee 2c (St. Lorenz-Apothek) praktiziert wieder Sprechstunde 11-12 Uhr und 4-6 Uhr. (3351)

Neuanfertigung und Reparatur aller Arten Korbwaren, Einflachten von Rohrstrühen gut und billig. Untere Gr. Gröpelgrube 18. (3325)

100 M. zahlr. Herzeiler, wenn „Reichardt“ nicht in 5 Minuten bei Henck und Tierkopf, Filz, Kleider, (3318) (Brot) verrät. Beste Nähmaschinen gegen Wangen. Verkauf Segener 1, Regimentsstr. 4

Öffentliche Versteigerung

am Mittwoch dem 20. d. Mts., vorm. 11 Uhr werde ich Hartengr. 22 ca 2 1/2 cbm Kiefernbock, ca 50 kg Leim und 1 dunkles eigenes Bürett gegen sofortige Barzahlung versteigern. Wenzel (3355) Obergerichtsvollzieher.

Bebel

Die Frau und der Sozialismus in Leinen geb. 3.40 M. Buchhandlung Lübecker Volksbote Johannisstr. 46

Markworth's

Käsehandel Giesengießerstr. 16 ist heute dem Fernsprechnetz unter Nr. 146 angegeschlossen. (3354)